CASPAR BAUMEISTER

Einstweiliger Rechtsschutz im Schiedsverfahrensrecht

Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht 233

Mohr Siebeck

Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht

Band 233

herausgegeben von

Rolf Stürner



Caspar Baumeister

Einstweiliger Rechtsschutz im Schiedsverfahrensrecht

Reflexion und Innovation

Mohr Siebeck

Caspar Baumeister, geboren 1996; Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Göttingen und der Columbia Law School, New York City, USA (LL.M.), 2026 Promotion (Göttingen); Rechtsreferendariat am Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg.
orcid.org/0009-0009-3055-0154

Diese Veröffentlichung wurde aus Mitteln des Publikationsfonds NiedersachsenOPEN, gefördert aus zukunft.niedersachsen, und aus Mitteln der Studienstiftung ius vivum unterstützt.

ISBN 978-3-16-200879-4 / eISBN 978-3-16-200880-0
DOI 10.1628/978-3-16-200880-0

ISSN 0722-7574 / eISSN 2568-7255 (Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über *https://dnb.dnb.de* abrufbar.

Publiziert von Mohr Siebeck Tübingen 2027.

© Caspar Baumeister.

Dieses Werk ist lizenziert unter der Lizenz „Creative Commons Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International“ (CC BY-SA 4.0). Eine vollständige Version des Lizenztextes findet sich unter: https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/.

Jede Verwendung, die nicht von der oben genannten Lizenz umfasst ist, ist ohne Zustimmung des Urhebers unzulässig und strafbar. Das Recht einer Nutzung der Inhalte dieses Werkes zum Zwecke des Text- und Data-Mining im Sinne des § 44b UrhG bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Gedruckt auf alterungsbeständiges Papier. Satz: Laupp & Göbel, Gomaringen.

Mohr Siebeck GmbH & Co. KG, Wilhelmstraße 18, 72074 Tübingen, Deutschland
www.mohrsiebeck.com, info@mohrsiebeck.com

Meinen Eltern

Vorwort

Diese Arbeit lag der Juristischen Fakultät der Universität Göttingen im Frühjahr 2026 zur Annahme als Dissertation vor; sie befindet sich im Wesentlichen auf diesem Stand. Vereinzelte Nachführungen bis zum Herbst 2026 betrafen insbesondere die letzten Regierungsentwürfe und Drucksachen zur Reform des deutschen Schiedsverfahrensrechts.

Danken möchte ich meinem verehrten akademischen Lehrer Herrn *Prof. Dr. Joachim Münch*, der mich durch sein Interesse an echter und freier Erkenntnis zu wissenschaftlichem Arbeiten erst inspiriert und stets gefördert hat. Herrn *Prof. Dr. Ivo Bach* danke ich für die zügige zweite Begutachtung meiner Arbeit und Herrn *Prof. Dr. Rolf Stürner* für die Aufnahme in die von ihm herausgegebene Schriftenreihe.

Gewidmet aber ist die Arbeit meinen Eltern, denen ich jede Chance meiner Ausbildung verdanke.

Tokio im Herbst 2026 *Caspar Baumeister*

Inhaltsübersicht

Vorwort V
Inhaltsverzeichnis XIII
Abkürzungsverzeichnis XXXIII

Grundlagen 1

§ 1 Die Achillesferse der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit 3

A. Ein Rechtsgebiet im Wandel 3
B. Bestandsaufnahme 6
C. Gang der Untersuchung 15

§ 2 Anforderungen an eine Novellierung des Schiedsverfahrensrechts 17

A. Technik des Gesetzes 18
B. Inhalt des Gesetzes 21
C. Achtung höherrangigen Rechts 30

Teil 1: Wesen und Inhalt einstweiliger Maßnahmen 51

§ 3 Vorläufige oder sichernde Maßnahmen als einstweilige Maßnahmen 53

A. Terminologische Unschärfe 53
B. Definition des Begriffs der einstweiligen Maßnahme 57
C. Regelungsvorschlag 60

§ 4 Einstweilige Maßnahmen des Staatsgerichts 63

A. Rechtssicherung 63
B. Beweissicherung 67

§ 5 Einstweilige Maßnahmen des Schiedsgerichts 81

A Übertragung staatsgerichtlicher Befugnisse auf das Schiedsgericht . . . 82
B. Anordnung von dem deutschen Recht unbekannten Maßnahmen 95
C. Résumé und Gedanken de lege ferenda 101

Teil 2: Die Anordnung einstweiliger Maßnahmen 107

§ 6 Die Zuständigkeit staatlicher Gerichte 109

A. Sachliche Zuständigkeit 109
B. Örtliche Zuständigkeit 115

§ 7 Anordnung einstweiliger Maßnahmen durch das Schiedsgericht . . 127

A. Tatbestandsvoraussetzungen einer einstweiligen Maßnahme 127
B. Zustandekommen und Ausfertigung der Entscheidung 144

§ 8 Anordnung von Ex parte-Maßnahmen durch das Schiedsgericht . . 153

A. Ausgangslage 153
B. Zulässigkeit von Ex parte-Verfahren de lege lata 159
C. Zulässigkeit von Ex parte-Verfahren de lege ferenda 169

§ 9 Anordnung von einstweiligen Maßnahmen durch einen Eilschiedsrichter 191

A. Gegenstand des Eilschiedsrichterverfahrens 192
B. Anwendung des Schiedsverfahrensrechts auf das Eilschiedsrichterverfahren 200
C. Einführung gesetzlicher Regelungen zum Eilschiedsrichterverfahren . . . 226

§ 10 Rechtsbehelfe und Rechtsmittel 233

A. Vorgehen gegen die Anordnung des Staatsgerichts 233
B. Vorgehen gegen die Anordnung des Schiedsgerichts 237

Teil 3: Durchsetzung einstweiliger Maßnahmen des Schiedsgerichts 249

§ 11 Durchsetzung durch das Schiedsgericht selbst 253

A. Ziehung negativer Rückschlüsse (adverse inferences) 253
B. Entscheidung über Schadensersatzansprüche 254
C. Auferlegung eines Zwangsgelds 255

§ 12 Durchsetzung durch staatliche Gerichte 271

A. Vollziehungszulassung de lege lata 271
B. Vollziehungszulassung de lege ferenda 294
C. Annex: Vollzug einer einstweiligen Maßnahme 303

§ 13 Vollziehungszulassung ausländischer einstweiliger Maßnahmen 311

A. Vollziehungszulassung nach der New York Convention 311
B. Vollziehungszulassung nach deutschem Recht 326
C. Künftige Regelung 333

§ 14 Rechtsbehelfe und Rechtsmittel 337

A. Aufhebung oder Änderung der Vollziehungszulassung (§ 1041 Abs. 3 ZPO) 337
B. Keine Rechtsbeschwerde gegen die Vollziehungszulassung 344

§ 15 Schadensersatzanspruch nach § 1041 Abs. 4 ZPO 349

A. Grundlegung 349

B. Rechtsfolge und Geltendmachung 356
C. Regelungsvorschlag 368

Teil 4: Beschränkung paralleler Wege zur Erlangung einstweiligen Rechtsschutzes 371

§ 16 Gesetzliche Schranken 373

A. Begrenzung des Parallelismus im Anordnungsstadium 373
B. Begrenzung des Parallelismus im Vollziehungsstadium 383

§ 17 Vertragliche Schranken 395

A. Einordnung vertraglicher Lösungsansätze 395
B. Zulässigkeit einer Derogationsvereinbarung 400
C. Künftige Regelungen zugunsten einer Derogationsvereinbarung 422

Ergebnisse (Results) 427

§ 18 Reformvorschlag 429

A. Wortlaut 429
B. Erläuterung 431
C. Ausblick 437

§ 19 Reform proposal 439

A. Draft 439
B. Explanation 441
C. Outlook 447

Literaturverzeichnis 449
Sachwortverzeichnis 471

Inhaltsverzeichnis

Vorwort V
Inhaltsübersicht IX
Abkürzungsverzeichnis XXXIII

Grundlagen 1

§ 1 Die Achillesferse der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit 3

A. Ein Rechtsgebiet im Wandel 3
I. Reformbewegungen 3
II. Reformumfang 5
B. Bestandsaufnahme 6
I. Konzeption einstweiligen Rechtsschutzes im Schiedsverfahrensrecht 6
II. Schwächen des einstweiligen Rechtsschutzes durch Schiedsgerichte . . . 7
1. Konzeptionelle Defizite 7
2. Zuständigkeitsstreits und Vollziehungshindernisse 9
III. Stärken des einstweiligen Rechtsschutzes durch Schiedsgerichte 11
1. Allgemeine Vorteile der Schiedsgerichtsbarkeit 11
a) Vertrauensverhältnis der Parteien 11
b) Vertraulichkeit 11
2. Besondere Vorteile des schiedsgerichtlichen Eilverfahrens 13
a) Vorbefassung des Schiedsgerichts mit dem Streit der Parteien . . . 13
b) Größere Handlungsmacht des Schiedsgerichts 14
C. Gang der Untersuchung 14

§ 2 Anforderungen an eine Novellierung des Schiedsverfahrensrechts 17

A. Technik des Gesetzes 18
I. Kürze und Prägnanz 18
II. Einheitliche Terminologie 18

III. Regelungsdichte . . . 19
IV. Systematik . . . 20

B. Inhalt des Gesetzes . . . 21

I. Wettbewerbsdruck als treibende Reformkraft . . . 21
II. Beachtung des Modellgesetzes . . . 23
III. Einbeziehung internationaler Strömungen . . . 24
1. Methodische Notwendigkeit . . . 24
2. Vergleichsobjekte . . . 25
IV. Abschließender Regelungscharakter des Schiedsverfahrensrechts . . . 28
V. Öffnung des Schiedsverfahrensrechts für grenzüberschreitende Streitigkeiten . . . 29
VI. Interessengerechtigkeit . . . 30

C. Achtung höherrangigen Rechts . . . 30

I. Bindungen des Gesetzgebers . . . 31
1. Europäisches Recht (Grundrechtecharta) . . . 31
2. Verfassungsrecht . . . 33
3. Völkerrecht (EMRK) . . . 34
II. Verfassungs- und völkerrechtliche Gewährleistungen . . . 36
1. Gewährleistung staatsgerichtlichen einstweiligen Rechtsschutzes . . . 36
a) Verfassungsrechtlicher allgemeiner Justizgewährungsanspruch . . . 37
aa) Allgemeine Justizgewähr . . . 37
bb) Besondere Justizgewähr . . . 38
cc) Zivilprozessuale Bedeutung . . . 39
b) Justizgewährungsanspruch aus Art. 6 Abs. 1 S. 1 EMRK . . . 40
aa) Allgemeine Rechtsschutzgarantie . . . 40
bb) Garantie auch einstweiligen Rechtsschutzes . . . 41
cc) Jüngere Rechtsprechung des EGMR . . . 42
c) Zwischenergebnis . . . 43
2. Einordnung schiedsgerichtlichen einstweiligen Rechtsschutzes . . . 43
a) Problemverortung und Maßstabsbildung . . . 43
b) Schiedsgerichtsbarkeit nach höherrangigem Recht – verboten oder geboten? . . . 44
aa) Verbot und Gebot schiedsgerichtlichen einstweiligen Rechtsschutzes . . . 44
bb) Qualifizierte Regelungspflicht . . . 45
c) Notwendigkeit gerichtlicher Kontrolle . . . 46
3. Ergebnis . . . 48

Teil 1: Wesen und Inhalt einstweiliger Maßnahmen 51

§ 3 Vorläufige oder sichernde Maßnahmen als einstweilige Maßnahmen 53

A. Terminologische Unschärfe 53
I. Vorläufige“ und „einstweilige“ Maßnahmen 54
1. Indifferenz der gegenwärtigen Nomenklatur 54
2. Begriff einstweiliger Maßnahmen 55
II. „Einstweilige“ und „sichernde“ Maßnahmen 56
B. Definition des Begriffs der einstweiligen Maßnahme 57
I. Einstweiligkeit 57
II. Sicherungsfunktion 57
III. Eigenständigkeit 57
IV. Streitgegenstandsbezug 58
V. Ergebnis 59
C. Regelungsvorschlag 60

§ 4 Einstweilige Maßnahmen des Staatsgerichts 63

A. Rechtssicherung 63
I. Arrest und einstweilige Verfügung 63
II. Materiellrechtliche Maßnahmen der Sicherung 65
III. Anordnung von dem deutschen Recht unbekannten Maßnahmen 66
B. Beweissicherung 67
I. Einordnung des selbständigen Beweisverfahrens 67
1. Einstweiligkeit 67
2. Sicherungsfunktion 68
a) Einzelne Varianten eines selbständigen Beweisverfahrens 68
b) Bedeutung der Zuständigkeit des Schiedsgerichts in der Hauptsache 69
3. Eigenständigkeit 70
4. Streitgegenstandsbezug 70
5. Ergebnis 71
II. Selbständiges Beweisverfahren vor staatlichen Gerichten und Beweishoheit des Schiedsgerichts 71
1. Abgrenzung des selbständigen Beweisverfahrens zu § 1050 S. 1 ZPO 71
a) Subsidiarität staatsgerichtlicher Beweisaufnahme 72
b) Dringlichkeit der Beweissicherung 73

2. Begrenzung der Kompetenz des Staatsgerichts 74
a) Teleologische Reduktion des § 1033 ZPO 74
b) Rechtsvergleichende Reflexion 75
c) Zwischenergebnis 76
3. Bedarf und Vorschlag anderweitiger Lösung 76
a) Bewertung der geltenden Rechtslage und rechtsvergleichende Umschau 76
b) Analoge Anwendung des § 1050 S. 1 ZPO 78
4. Analyse des Bedarfs künftiger Regelung 79

§ 5 Einstweilige Maßnahmen des Schiedsgerichts 81

A. Übertragung staatsgerichtlicher Befugnisse auf das Schiedsgericht 82

I. Rechtssicherung 82
1. Arrest 82
a) Dinglicher Arrest 82
b) Persönlicher Arrest 83
aa) Gesetzesvorbehalt 83
bb) … und Richtervorbehalt 84
cc) Ergebnis 86
2. Einstweilige Verfügungen 86
3. Ergebnis 87
II. Beweissicherung 87
III. Prozesskostensicherung 88
1. Deutsches Schiedsverfahrensrecht 89
2. Ausländische Schiedsverfahrensrechte 91
3. Schiedsordnungen 92
4. Bewertung der Rechtslage und Ausblick 93

B. Anordnung von dem deutschen Recht unbekannten Maßnahmen 95

I. Freezing order 95
1. Keine Anordnung durch staatliche Gerichte 96
2. Anordnung durch Schiedsgerichte 96
II. Search order 98
1. Keine Anordnung durch staatliche Gerichte 98
2. Anordnung durch Schiedsgerichte 99
III. Anti-suit-injunction 100

C. Résumé und Gedanken de lege ferenda 101

I. Einstweiliger Rechtsschutz durch Staats- und Schiedsgericht – Same same, but different 101
II. Mögliche Regelungsmodelle 102
1. Generalklausel als status quo 102
2. Katalogisierung 103

a) Positiver Katalog . . . 104
aa) Exklusiver positiver Katalog . . . 104
bb) Inklusiver positiver Katalog . . . 105
b) Negativer Katalog . . . 105
III. Ergebnis . . . 106

Teil 2: Die Anordnung einstweiliger Maßnahmen . . . 107

§ 6 Die Zuständigkeit staatlicher Gerichte . . . 109

A. Sachliche Zuständigkeit . . . 109
I. Ausgangslage . . . 110
II. Bestimmung des Gerichts der Hauptsache bei Schiedsbindung . . . 111
1. Bisherige Lösungen . . . 111
2. Alternativer Lösungsansatz . . . 112
a) Definition des Begriffs des ersten Rechtszuges . . . 112
b) Leitbild der Gerichtsverfassung . . . 112
3. Ergebnis . . . 113
III. Reformerwägungen . . . 113
1. Teleologische Reflexion . . . 113
2. Ergebnis . . . 114
B. Örtliche Zuständigkeit . . . 115
I. Bisherige Bestimmung der örtlichen Zuständigkeit . . . 115
II. Alternativer Lösungsweg . . . 116
1. Auslegung der Wahl eines Schiedsorts als Gerichtsstandsvereinbarung . . . 116
a) Zuständigkeitsverteilung nach altem Recht . . . 117
b) Zuständigkeitsverteilung nach neuem Recht . . . 117
2. Wirksamkeit der Gerichtsstandsvereinbarung . . . 119
a) Konkludenter Abschluss der Gerichtsstandsvereinbarung . . . 119
b) Bestimmtes Rechtsverhältnis . . . 120
c) Kein nichtvermögensrechtlicher Anspruch . . . 120
d) Kein ausschließlicher Gerichtsstand . . . 121
e) Erfüllung der Formerfordernisse einer Gerichtsstandsvereinbarung durch Erfüllung der Formerfordernisse der Schiedsvereinbarung . . . 122
aa) Textliche Niederlegung durch die Parteien (§ 1031 Abs. 1 ZPO) . . . 123
bb) Formwahrung durch Handelsbrauch (§ 1031 Abs. 2 ZPO) . . . 123
cc) Vertragliche Bezugnahme (§ 1031 Abs. 3 ZPO) . . . 124
dd) Sonderregel bei Verbraucherbeteiligung (§ 1031 Abs. 5 ZPO) . . . 124
ee) Rügeloses Einlassen (§ 39 S. 1 ZPO) . . . 125

3. Zwischenergebnis . . . 125
III. Reformerwägungen . . . 125

§ 7 Anordnung einstweiliger Maßnahmen durch das Schiedsgericht 127

A. Tatbestandsvoraussetzungen einer einstweiligen Maßnahme . . . 127

I. Bedeutung der Privatautonomie . . . 127
II. Antragstellung . . . 128
III. Wirksame Schiedsvereinbarung . . . 129
IV. Erforderlichkeit der Maßnahme . . . 130
1. Anordnungsanspruch und Anordnungsgrund . . . 130
2. Reformvorschlag im ModG 2006 . . . 131
V. Glaubhaftmachung der Anspruchsvoraussetzungen . . . 132
1. Glaubhaftmachung als *modus operandi* . . . 132
2. Eidesstattliche Versicherung als Mittel der Glaubhaftmachung . . . 133
a) Eidesstattliche Versicherung vor dem Notar . . . 134
b) Eidesstattliche Versicherung vor dem Staatsgericht . . . 135
c) Ergebnis . . . 136
VI. Sicherheitsleistung . . . 136
1. Denkbare Formen der Sicherheitsleistung . . . 136
a) Sicherheitsleistung des Antragstellers . . . 136
aa) . . . *statt* Glaubhaftmachung . . . 137
(1) Wider eine Sicherheitsleistung statt Glaubhaftmachung 137
(2) Für eine Sicherheitsleistung statt Glaubhaftmachung . . . 138
bb) . . . *trotz* Glaubhaftmachung . . . 139
b) Sicherheitsleistung des Antragsgegners . . . 139
aa) Sicherheit für Ansprüche des Antragstellers . . . 140
(1) Beispielsfälle . . . 140
(2) Praktikabilität . . . 141
c) Beteiligung mehrerer Parteien . . . 142
2. Verfahren der Gewähr und Rückgewähr einer Sicherheitsleistung 143
VII. Ergebnis . . . 143

B. Zustandekommen und Ausfertigung der Entscheidung . . . 144

I. Alleinentscheid des Schiedsgerichtsvorsitzenden . . . 144
1. Kompetenz zum Alleinentscheid . . . 144
a) Keine Möglichkeit der Vereinbarung . . . 144
b) Möglichkeit alleinigen Handelns zwecks Effektivität . . . 145
2. Analyse künftigen Handlungsbedarfs . . . 146
II. Formgerechte Niederschrift der Entscheidung . . . 146
1. Entsprechende Anwendung des § 1054 ZPO . . . 147
a) Schriftform und Unterschrift (Abs. 1) . . . 147
b) Begründung (Abs. 2) . . . 148
c) Angabe von Ort und Zeit (Abs. 3) . . . 149

d) Übermittlung an die Parteien (Abs. 4) . . . 150
e) Zusammenfassung . . . 150
2. Folgen eines Formverstoßes . . . 151

§ 8 Anordnung von Ex parte-Maßnahmen durch das Schiedsgericht 153

A. Ausgangslage . . . 153
I. Verfassungs- und konventionsrechtliche Konturen . . . 154
1. Rechtliches Gehör . . . 155
2. Prozessuale Waffengleichheit . . . 156
3. Recht auf effektiven (einstweiligen) Rechtsschutz . . . 156
II. Zivilprozessrechtliche Konturen staatsgerichtlichen Verfahrens . . . 157
1. Zulässigkeit einseitiger Verfahren . . . 157
2. Beschränkungen . . . 158

B. Zulässigkeit von Ex parte-Verfahren de lege lata . . . 159
I. Bedeutung parteiautonomer Vereinbarung . . . 159
II. Pflicht zur Gewährung rechtlichen Gehörs nach § 1042 Abs. 1 S. 2 ZPO . . . 161
1. Wirkungsbestimmung des Gehörsgrundsatzes . . . 161
a) Immanente Beschränkungen rechtlichen Gehörs . . . 162
b) Rechtsvergleichende Umschau . . . 163
2. Bedeutung fehlender Regelung eines Widerspruchsverfahrens . . . 164
III. Gesetzliche Grundlage für schiedsgerichtliche Ex parte-Verfahren . . . 166
1. Anforderungen an die Konkretheit der Normgrundlage . . . 166
2. Historische und teleologische Erwägungen . . . 166
3. Wertung des § 1063 Abs. 3 S. 1 Alt. 2 ZPO . . . 167
IV. Fazit . . . 168

C. Zulässigkeit von Ex parte-Verfahren de lege ferenda . . . 169
I. Notwendigkeit einer Reform . . . 169
II. Regelungsvorschlag des ModG 2006 . . . 169
1. Grundlegendes zu den Regelungen des ModG 2006 . . . 169
2. *Preliminary order* als Ex parte-Maßnahme . . . 171
a) Wirkung der *preliminary order* . . . 171
b) Verhältnis der *preliminary order* zur *interim measure* . . . 172
3. Voraussetzungen der Anordnung einer *preliminary order* . . . 173
a) Antragstellung . . . 173
b) Keine Abbedingung des Verfahrens . . . 174
c) „Doppelhypothese“ und Erfolgsaussichten in der Hauptsache . . . 174
d) Gefährdung der *interim measure* . . . 175
e) Sicherheitsleistung . . . 175
f) Offenlegung von Tatsachen . . . 177
4. Sicherstellung der nachträglichen Gewährung rechtlichen Gehörs 179
a) Disparates Zeitmoment . . . 179
b) Bewertung der Regelung . . . 181

5. Keine Vollziehbarkeit der *preliminary order* 181
6. Bewertung des Lösungsvorschlags des ModG 2006 182
III. Regelungsvorschläge aus der Wissenschaft 184
1. *Münchs* Regelungsvorschlag 184
2. *Horns* Regelungsvorschlag 184
IV. Eigener Regelungsvorschlag 186
1. Wortlaut 186
2. Erläuterung 187

§ 9 Anordnung von einstweiligen Maßnahmen durch einen Eilschiedsrichter 191

A. Gegenstand des Eilschiedsrichterverfahrens 192
I. Das Amt des Eilschiedsrichters 193
II. Verfahrensablauf 195
1. Einleitung 195
a) Zuständigkeit für erstmalige Antragsprüfung 195
b) (Kein) Erfordernis der Erhebung der Schiedsklage 196
c) Prüfung der Schiedsvereinbarung 196
d) Ernennung des Eilschiedsrichters 197
2. Durchführung 197
3. Beendigung 198
III. Verhältnis zum Eilverfahren vor staatlichen Gerichten 199

B. Anwendung des Schiedsverfahrensrechts auf das Eilschiedsrichterverfahren 200
I. Qualifikation des Eilschiedsrichters als Schiedsgericht 201
1. Schiedsvereinbarung als Basis des Eilschiedsrichterverfahrens 201
a) Eilschiedsrichterverfahren kraft Schiedsvereinbarung 201
b) Kein Erfordernis „doppelter" Schiedsvereinbarung 202
2. Entscheidung einer natürlichen Person über eine bürgerliche Rechtsstreitigkeit 203
3. Entscheidung anstelle eines staatlichen Gerichts 203
4. Unparteilichkeit und Unabhängigkeit des Eilschiedsrichters 204
5. Ergebnis 205
II. Anwendung des Schiedsverfahrensrechts im Einzelnen 205
1. Kontrolle der Zulässigkeit des Schiedsverfahrens (§§ 1032, 1040 ZPO) 206
a) Zulässigkeit oder Unzulässigkeit des Schiedsverfahrens (§ 1032 Abs. 2 ZPO) 206
b) Unzuständigkeit des Schiedsgerichts (§ 1040 Abs. 2, Abs. 3 ZPO) 207
aa) Zeitpunkt der Rüge der Unzuständigkeit (§ 1040 Abs. 2 ZPO) 207

(1) Zuständigkeit des Eilschiedsrichters . . . 207
(2) Zuständigkeit des Schiedsgerichts . . . 208
bb) Kontrolle des schiedsgerichtlichen Zuständigkeitsentscheids (§ 1040 Abs. 3 ZPO) . . . 209
2. Hilfe bei der Bestellung und Ablehnung von Schiedsrichtern (§§ 1034–1038 ZPO) . . . 211
a) Unterstützung bei der Bildung des Schiedsgerichts . . . 211
b) Kontrolle ordnungsgemäßer Besetzung des Schiedsgerichts . . . 211
aa) Überblick . . . 211
bb) Befangenheitsantrag wird nicht abgeholfen (§ 1037 Abs. 3 S. 1 Alt. 1 ZPO) . . . 212
(1) Ausgangslage . . . 212
(2) Lösung durch Fristbestimmung der Parteien . . . 213
(3) Lösung durch ergänzende Vertragsauslösung . . . 213
cc) Kein Rücktritt des Eilschiedsrichters bei Uneinigkeit der Parteien (§ 1038 Abs. 1 S. 2 ZPO) . . . 214
(1) Missverständlicher Wortlaut des § 1038 Abs. 1 S. 2 ZPO 215
(2) Institutionelles Ablehnungsverfahren und gerichtliches Kontrollverfahren . . . 215
(3) Ergebnis . . . 216
3. Vollziehungszulassung einer einstweiligen Maßnahme (§ 1041 Abs. 2–4 ZPO) . . . 217
a) Prolog: Betrachtung anderer Rechtsordnungen . . . 217
aa) Frankreich . . . 217
bb) Vereinigtes Königreich . . . 219
(1) Arbitration Act 1996: Die Entscheidung *Gerald Metals* . . . 219
(2) Arbitration Act 2025: Vorschriften zum Eilschiedsrichter 220
(3) Vollziehung der Anordnung des Eilschiedsrichters . . . 220
cc) Schweiz . . . 221
b) Betrachtung deutschen Rechts . . . 222
aa) Vorzug des deutschen Vollziehungsregimes . . . 222
bb) Anordnungen des Eilschiedsrichters als einstweilige Maßnahmen . . . 223
cc) Ergebnis . . . 224
4. Unterstützung bei der Beweisaufnahme und sonstige Hilfe (§ 1050 ZPO) . . . 224
III. Ergebnis . . . 225

C. Einführung gesetzlicher Regelungen zum Eilschiedsrichterverfahren . . . 226

I. Relevanz des Eilschiedsrichterverfahrens . . . 226
II. Einzelne Reformaspekte . . . 227
1. Anerkennung des Eilschiedsrichters im deutschen Recht . . . 227
a) Regelungen aus anderen Rechtsordnungen und Vorschläge der Wissenschaft . . . 227
b) Bewertung und eigene Lösung . . . 228

2. Modifikation schiedsverfahrensrechtlicher Vorschriften 229
3. Regelungsvorschlag 230
a) Wortlaut 230
b) Weitere Forderungen aus der Praxis 230
aa) Regelungen für die Ad hoc-Schiedsgerichtsbarkeit 230
bb) Stetes Erfordernis einer Sicherheitsleistung 231

§ 10 Rechtsbehelfe und Rechtsmittel 233

A. Vorgehen gegen die Anordnung des Staatsgerichts 233

I. Rechtsbehelfe der unterlegenen Partei 233
1. Aufhebung aufgrund Widerspruchs oder veränderter Umstände . . . 233
2. Anordnung der Klageerhebung 234
3. Zwischenergebnis 235
II. Rechtsmittel … 235
1. … der obsiegenden Partei 235
2. … der unterlegenen Partei 236

B. Vorgehen gegen die Anordnung des Schiedsgerichts 237

I. Rechtsbehelfe 237
1. Aufhebung aufgrund Widerspruchs oder veränderter Umstände . . . 237
a) *De lege lata* … 237
aa) Kompetenz des Schiedsgerichts 237
bb) Voraussetzungen 239
b) … *et ferenda* 240
aa) Gesetzliche Regelung der Widerspruchsmöglichkeit beider Parteien 240
(1) Das Widerspruchsverfahren als „doppelter Boden“ 240
(2) Lösung von Problemen bei mehrfacher Antragstellung 241
(3) Ergebnis 242
bb) Amtswegiges Tätigwerden des Schiedsgerichts nach dem ModG 2006 242
(1) Unvereinbarkeit mit deutschem Recht 242
(2) Auch kein amtswegiges Tätigwerden nach Ex parte-Verfahren 244
c) Künftige Neuregelung 245
aa) Wortlaut 245
bb) Begründung 245
(1) Terminologie 245
(2) Mehrfache Antragstellung 246
(3) Tatbestandsvoraussetzungen 246
2. Anordnung der Erhebung der Schiedsklage 247
II. Rechtsmittel 248

Teil 3: Durchsetzung einstweiliger Maßnahmen des Schiedsgerichts 249

§ 11 Durchsetzung durch das Schiedsgericht selbst 253

A. Ziehung negativer Rückschlüsse (adverse inferences) 253

B. Entscheidung über Schadensersatzansprüche 254

C. Auferlegung eines Zwangsgelds 255

I. Betrachtung ausländischer Rechtsordnungen 256
1. *Astreinte* nach französischem Recht 256
a) Allgemein prozessrechtliche Grundlegung 256
aa) Entstehungsgeschichte 256
bb) Anordnung und Vollstreckung 257
b) … und schiedsrechtliche Bezugnahme 259
2. *Astreinte* bzw. *dwangsom* nach dem Recht der Benelux-Staaten 260
a) Allgemein prozessrechtliche Grundlegung 260
aa) Entstehungsgeschichte 260
bb) Anordnung und Vollstreckung 260
b) … und schiedsrechtliche Bezugnahme 261
3. Zusammenfassung 262
II. Positionierung des deutschen Rechts zur *astreinte* 262
1. Anordnung auf gesetzlicher Grundlage 262
2. Anordnung auf vertraglicher Grundlage 263
a) Vereinbarkeit mit materiellem und formellem Zivilrecht 263
b) Schiedsgerichtliche *astreinte* und staatliches Gewaltmonopol 264
c) Formerfordernisse in Bezug auf die Parteiabrede 266
3. Ergebnis 266
III. Künftige Rechtslage 267
1. Chancen und Risiken eines schiedsgerichtlichen Zwangsgeldes 267
2. Regelungsvorschlag 268
a) Regelungsvorschlag 269
b) Begründung 269

§ 12 Durchsetzung durch staatliche Gerichte 271

A. Vollziehungszulassung de lege lata 271

I. Erfolgsvoraussetzungen eines Antrags auf Vollziehungszulassung 271
1. Zulässigkeit 272
a) Allgemeine Voraussetzungen 272
b) Antragsbefugnis … 273
aa) … der Parteien 273
bb) … des Schiedsgerichts 274

c) Rechtsschutzbedürfnis bei … 275
aa) … freiwilliger Befolgung der Maßnahme 275
bb) … alternativem Rechtsschutzmittel 276
cc) … offensichtlichem Rechtsmissbrauch 277
dd) … Wegfall des Rechtsschutzziels 277
2. Begründetheit 277
a) Notwendige Beachtung der Gründe für die Aufhebung eines inländischen Schiedsspruchs 277
b) Auf Einrede hin zu prüfende Aufhebungsgründe (§ 1059 Abs. 2 Nr. 1 ZPO) 278
aa) Gültigkeit und Reichweite der Schiedsvereinbarung (lit. a, lit. c) 278
bb) Information und Stellungnahmemöglichkeit der Parteien (lit. b) 279
cc) Schiedsgerichtsbestellung und sonstige Verfahrensaspekte (lit. d) 279
c) Amtswegig zu prüfende Aufhebungsgründe § 1059 Abs. 2 Nr. 2 ZPO) 280
aa) Objektive Schiedsfähigkeit (lit. a) 280
bb) *Ordre public* (lit. b) 280
(1) Ex parte-Maßnahmen 281
(2) Verhältnismäßigkeit der einstweiligen Maßnahme 282
d) Prüfungsfester Bereich der schiedsgerichtlichen Entscheidung 283
aa) Tatbestandsvoraussetzungen der einstweiligen Maßnahme 283
bb) Anordnung einer Sicherheitsleistung … 283
(1) … statt Glaubhaftmachung 284
(2) … trotz Glaubhaftmachung 284
3. Abschließender Charakter vorbenannter Prüfaspekte 285
4. Ergebnis 287
II. Verfahrensmodalitäten 287
1. Beibringungsgrundsatz und amtswegige Prüfung 287
2. Glaubhaftmachung statt Vollbeweis 288
3. Prüfungstiefe 289
III. Entscheidungsmodalitäten 290
1. Abweichende Fassung der einstweiligen Maßnahme 290
2. Änderung der einstweiligen Maßnahme 290
3. Aufhebung der einstweiligen Maßnahme 291
4. Anordnung einer Sicherheitsleistung mit der Vollziehungszulassung 292
IV. Ergebnis 293
B. Vollziehungszulassung de lege ferenda 294
I. Begründetheit des Antrags auf Vollziehungszulassung 294
1. Inkorporierung der für einen inländischen Schiedsspruch geltenden Prüfaspekte 294

a) Gesetzlicher Verweis auf § 1059 Abs. 2 ZPO . . . 295
b) Weitere Regelungen des ModG 2006 . . . 296
2. Schutz des prüfungsfesten Bereichs der schiedsgerichtlichen Entscheidung . . . 297
3. Pflicht statt Ermessen des Oberlandesgerichts . . . 297
4. Verbindlichkeit und Vollziehbarkeit der einstweiligen Maßnahme . . . 298
II. Verfahrensmodalitäten . . . 299
1. Erlaubnis der Glaubhaftmachung . . . 299
2. Informationspflicht des erfolgreichen Antragstellers . . . 300
III. Entscheidungsmodalitäten . . . 300
1. Aufhebung der einstweiligen Maßnahme . . . 300
2. Anordnung einer Sicherheitsleistung . . . 301
IV. Regelungsvorschlag . . . 303

C. Annex: Vollzug einer einstweiligen Maßnahme . . . 303

I. Titelkraft der Vollziehungszulassung . . . 303
II. Anwendung des Vollstreckungsrechts . . . 304
1. Grundsatz . . . 304
2. Spezialproblem: Zuständigkeit des Prozessgerichts des ersten Rechtszuges . . . 304
a) Streitstand . . . 305
b) Für die Zuständigkeit des Oberlandesgerichts . . . 306
III. Anwendung der §§ 928–934 ZPO . . . 307
1. Grundsatz . . . 307
2. Ausnahmen von der Anwendung … . . . 308
a) … des § 929 Abs. 2 ZPO . . . 308
b) … des § 933 ZPO . . . 309

§ 13 Vollziehungszulassung ausländischer einstweiliger Maßnahmen 311

A. Vollziehungszulassung nach der New York Convention . . . 311

I. Bezugspunkt der Anwendbarkeit . . . 312
II. Historischer Anwendungsbereich und dessen Fortentwicklung . . . 313
1. Gedanke einer evolutiven Auslegung . . . 313
2. Auslegungsfähigkeit des Begriffs „arbitral award“ . . . 314
3. Schrankenlosigkeit einer evolutiven Auslegung . . . 314
4. Praktische Erwägungen . . . 315
5. Ergebnis . . . 316
III. Einzelne Bestimmungen der Konvention . . . 316
1. Verbindlichkeit der schiedsgerichtlichen Entscheidung . . . 316
a) Ordentliche und außerordentliche Rechtsbehelfe . . . 317
b) Vollziehbarkeit nach der *lex arbitri* . . . 318

aa) Unterschiede zwischen Schiedssprüchen und einstweiligen Maßnahmen . . . 318
bb) „Verbindlichkeit" als „Durchsetzbarkeit" . . . 319
c) Wille der Parteien oder des Schiedsgerichts . . . 320
d) Zwischenergebnis . . . 321
2. Finalität der schiedsgerichtlichen Entscheidung . . . 321
IV. Zweckmäßigkeitserwägungen . . . 323
V. Ergebnis . . . 325

B. Vollziehungszulassung nach deutschem Recht . . . 326

I. Vollziehungszulassung direkt aus § 1062 Abs. 2 ZPO . . . 326
1. Ausgangslage . . . 326
2. Jüngere Entwicklung der Rechtsprechung . . . 327
a) Entscheidungen des BGH zu ICSID-Schiedsverfahren . . . 327
b) Schlussfolgerungen . . . 328
II. Vollziehungszulassung analog § 1041 ZPO . . . 329
1. Begründung des Analogieschlusses . . . 329
a) Planwidrige Regelungslücke . . . 329
b) Vergleichbare Interessenlage . . . 330
c) Opportunität einer analogen Anwendung . . . 331
2. Differenzierung nach den einzelnen Absätzen der Vorschrift . . . 332
3. Anknüpfung internationaler und örtlicher Zuständigkeit . . . 333
III. Ergebnis . . . 333

C. Künftige Regelung . . . 333

I. Internationale Umschau . . . 333
II. Regelungsvorschlag . . . 334
1. Notwendigkeit . . . 334
2. Wortlaut . . . 335
3. Begründung . . . 335

§ 14 Rechtsbehelfe und Rechtsmittel . . . 337

A. Aufhebung oder Änderung der Vollziehungszulassung (§ 1041 Abs. 3 ZPO) . . . 337

I. Analyse des geltenden Rechts . . . 338
1. Aufhebung der Vollziehungszulassung . . . 338
a) Schiedsgericht hat einstweilige Maßnahme aufgehoben . . . 338
b) Schiedsgericht hat einstweilige Maßnahme nicht aufgehoben . . . 338
2. Änderung der Vollziehungszulassung . . . 339
a) Schiedsgericht hat einstweilige Maßnahme geändert . . . 339
b) Schiedsgericht hat einstweilige Maßnahme nicht oder nicht so geändert . . . 339

II. Abweichende Auffassungen . . . 340
1. Rechtsprechung . . . 340
2. Literatur . . . 341
3. Ergebnis . . . 342
III. Künftige Änderung . . . 343
1. Notwendigkeit und Herleitung . . . 343
2. Regelungsvorschlag . . . 344

B. Keine Rechtsbeschwerde gegen die Vollziehungszulassung . . . 344

I. Interessenlage . . . 345
II. Stellungnahme . . . 346
1. Qualifizierte Gefahr der widersprüchlicher Rechtsprechung . . . 346
2. Möglichkeit zur Rechtsfortbildung . . . 346
3. Keine Überlastung des BGH . . . 347
III. Regelungsvorschlag . . . 347

§ 15 Schadensersatzanspruch nach § 1041 Abs. 4 ZPO . . . 349

A. Grundlegung . . . 349

I. Funktion der Haftung . . . 349
II. Abdingbarkeit . . . 350
1. Maßstabsbildung . . . 350
2. Vergleichende Untersuchung zu § 945 ZPO . . . 351
III. Haftungstatbestand . . . 352
1. Von Anfang an ungerechtfertigte einstweilige Maßnahme . . . 352
2. Haftungstatbestand nach dem ModG 2006 . . . 353
3. Bindungswirkungen vorangegangener Entscheidungen . . . 354

B. Rechtsfolge und Geltendmachung . . . 356

I. Ersatzfähige Schäden . . . 356
1. Vollziehungsschaden . . . 356
2. Anordnungsschaden . . . 356
3. Erfüllungsschaden . . . 357
a) Terminologie und Problemaufriss . . . 357
b) Erfordernis von Vollstreckungsdruck . . . 358
aa) Rechtslage zu § 945 ZPO . . . 358
bb) Übertragung der Rechtslage auf § 1041 Abs. 4 S. 1 ZPO . . . 359
(1) Schadensersatz für freiwillige Erfüllung als Ersatz einer Sicherheitsleistung . . . 359
(2) Kein „dulde und liquidiere“ . . . 360
(3) Entscheidender Zeitpunkt . . . 360
c) Abgrenzung zu Anordnungsschäden . . . 361
4. Schaden infolge Sicherheitsleistung zur Abwendung der Vollziehung . . . 363
5. Verfahrenskosten . . . 363

II. Zuständiger Spruchkörper 364
1. Wahlrecht des Gläubigers statt ausschließlicher Zuständigkeit des Schiedsgerichts 364
2. Verfassungsmäßige Zulässigkeit einseitig bestimmbarer Schiedsbindung 365
a) Auslegung der Schiedsvereinbarung 365
b) Kein Umkehrschluss aus § 1041 Abs. 4 S. 2 ZPO 367
c) Ergebnis 368

C. Regelungsvorschlag 368

Teil 4: Beschränkung paralleler Wege zur Erlangung einstweiligen Rechtsschutzes 371

§ 16 Gesetzliche Schranken 373

A. Begrenzung des Parallelismus im Anordnungsstadium 373

I. Rückgriff auf allgemeine prozessrechtliche Grundsätze 373
1. Rechtshängigkeit 373
2. Materielle Rechtskraft 374
3. Rechtsschutzbedürfnis bei … 376
a) … bloßem Bereitstehen eines alternativen Spruchkörpers 376
b) … paralleler Antragsstellung 377
c) … parallelem Maßnahmenerlass 378
d) Fazit 378
4. Ergebnis 379
II. Reflexion über die parallele Zuständigkeit von Instanz- und Schiedsgericht 379
1. Ausländische Subsidiaritätsmodelle 380
a) Frankreich 380
b) Vereinigtes Königreich 380
c) Vereinigte Staaten 381
2. Vorteile des deutschen Rechts 382
a) Schwächen des Parallelismus 382
b) Stärken des Parallelismus 382

B. Begrenzung des Parallelismus im Vollziehungsstadium 383

I. Anwendungsbereich des § 1041 Abs. 2 S. 1 Hs. 2 ZPO 384
1. Begriff der entsprechenden Maßnahme 384
2. Begriff des Gerichts 385
a) Anerkennung von Eilentscheidungen ausländischer Gerichte 385
b) Anerkennung von unter die EuGVVO und das LugÜ fallenden Eilentscheidungen 386

II. Regelungswirkung des § 1041 Abs. 2 S. 1 Hs. 2 ZPO 387
1. Verhältnis zu den Wirkungen von Rechtshängigkeit und Rechtskraft 387
2. Einzelne Anwendungsfälle 389
a) Antrag auf einstweilige Maßnahme, danach Antrag auf Vollziehungszulassung 389
b) Antrag auf Vollziehungszulassung, danach Antrag auf einstweilige Maßnahme 389
aa) Rechtshängigkeit 389
bb) Rechtsschutzbedürfnis 390
c) Erlass der Vollziehungszulassung, danach Antrag auf einstweilige Maßnahme 390
3. Fazit und Bewertung 391
III. Künftige Regelung 392
1. Notwendigkeit einer Veränderung 392
2. Regelungsvorschlag 394

§ 17 Vertragliche Schranken 395

A. Einordnung vertraglicher Lösungsansätze 395
I. Begriff der Derogationsvereinbarung 395
II. Relevanz der Derogationsvereinbarung 396
1. Ständige Schiedsgerichte und Eilschiedsrichter 397
2. Sportschiedsgerichtsbarkeit 398
a) Sport-Schiedsordnung der DIS 398
b) Regeln des CAS 399
3. Fazit 399
B. Zulässigkeit einer Derogationsvereinbarung 400
I. Lösungen der Rechtsprechung 400
1. Vom Deutschen Reich… 400
2. … zur Bundesrepublik Deutschland 401
a) Altes Schiedsrecht 401
b) Neues Schiedsrecht 402
3. Fazit: Mäander statt Richtschnur 404
II. Die einzelnen Begründungsansätze in der Literatur 405
1. Ablehnung der Zulässigkeit 405
2. Befürwortung der Zulässigkeit 406
3. Mittelwege 407
III. Streitlösung 408
1. Zulässigkeit der Derogationsvereinbarung nach Verfassung und EMRK 408
a) Maßstabsbildung 408
b) Disponibilität des … 409

aa) … verfassungsrechtlichen allgemeinen Justizgewährungsanspruchs . . . 409
(1) Streitstand . . . 409
(2) Stellungnahme . . . 410
bb) … Justizgewährungsanspruchs nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 EMRK . . . 412
c) Wirksame Verzichtserklärung der Schiedsparteien . . . 414
aa) Maßstäbe deutscher Gerichte . . . 414
bb) Maßstab des EGMR . . . 415
cc) Ableitungen . . . 415
d) Zwischenergebnis . . . 417
2. Einfachrechtliche Begründungsansätze . . . 417
a) Vereinbarkeit einer Derogationsvereinbarung mit § 1033 ZPO 417
aa) § 1033 ZPO als zwingende Vorschrift i. S. d. § 1042 Abs. 3 ZPO? . . . 417
bb) Wortlaut des § 1033 ZPO . . . 418
cc) Systematischer Zusammenhang mit der Schiedseinrede . . . 419
b) Keine Anwendbarkeit von Vorschriften zu Gerichtsstandsvereinbarungen . . . 420
IV. Ergebnis . . . 422

C. Künftige Regelungen zugunsten einer Derogationsvereinbarung . . . 422

I. Bedürfnis für Derogationsvereinbarungen . . . 422
II. Rechtsvergleichende Bezüge . . . 422
III. Regelungsvorschlag . . . 424
1. Erläuterung . . . 425
2. Der Gedanke einer Formbindung im Speziellen . . . 426

Ergebnisse (Results) . . . 427

§ 18 Reformvorschlag . . . 429

A. Wortlaut . . . 429

B. Erläuterung . . . 431

I. „Einstweilige“ statt „vorläufige oder sichernde“ Maßnahmen . . . 431
II. Parallelismus staats- und schiedsgerichtlicher Zuständigkeit (§§ 1033, 1041 Abs. 3 S. 2 ZPO-E) . . . 432
III. Änderungen des schiedsgerichtlichen Verfahrens (§ 1041 Abs. 1 u. 2 ZPO-E) . . . 433
1. Ex parte-Maßnahmen (§§ 1041 Abs. 1 S. 2, 1063 Abs. 4 ZPO-E) 433
2. Anordnung eines Zwangsgeldes (§ 1041 Abs. 1 S. 3 ZPO-E) . . . 433
3. Aufhebung und Änderung der eigenen Entscheidung (§ 1041 Abs. 1 S. 4 u. 5 ZPO-E) . . . 434

4. Eilschiedsrichter (§ 1041 Abs. 2 ZPO-E) 434
IV. Veränderungen in Bezug auf die Vollziehungszulassung (§ 1041 Abs. 3–5 ZPO-E) 435
1. Verfahren der Vollziehungszulassung (§ 1041 Abs. 3 u. 4 mit § 1025 Abs. 2 ZPO-E) 435
2. Schadensersatz bei einer ungerechtfertigten einstweiligen Maßnahme (§ 1041 Abs. 5 ZPO-E) 436
V. Örtliche Zuständigkeit des staatlichen Gerichts für einstweiligen Rechtsschutz (§ 1062 Abs. 4 ZPO-E) 436
VI. Eröffnung der Rechtsbeschwerde (§ 1065 Abs. 1 S. 1 ZPO-E) 437
C. Ausblick 437

§ 19 Reform proposal 439

A. Draft 439

B. Explanation 441
I. Sole use of the term "interim measures" 441
II. Parallel jurisdiction of the state court and the arbitral tribunal (Sec. 1033, 1041 (3) s. 2 CCP-D) 442
III. Changes to the arbitral procedure (Sec. 1041 (1), (2) CCP-D) 443
1. Ex parte orders (Sec. 1041 (1) s. 2, 1063 (4) CCP-D) 443
2. Ordering a penalty payment (Sec. 1041 (1) s. 3 CCP-D) 443
3. Repeal or modification of the order (Sec. 1041 (1) s. 4 and 5 CCP-D) 444
4. Emergency arbitrator (Sec. 1041 (2) CCP-D) 444
IV. Changes relating to the permission for enforcement (Sec. 1041 (3–5) CCP-D) 445
1. Procedure of the permission for enforcement (Sec. 1041 (3) and (4) CCP-D) 445
2. Damages for arbitral interim measures unjustified from the outset (Sec. 1041 (5) CCP-D) 446
V. Local jurisdiction of the state court for the order of interim measures (Sec. 1062 (4) CCP-D) 446
VI. Expanding the appeal on points of law (Sec. 1065 (1) s. 1 CCP-D) 447
C. Outlook 447

Literaturverzeichnis 449

Sachwortverzeichnis 471

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Auffassung
a. a. O.	am angegebenen Ort
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
AA	Arbitration Act
abl.	ablehnend
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
Am. L. Inst.	The American Law Institute
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Arb. Int'l	Arbitration International
arg.	argumentum
ARIA	American Review of International Arbitration
ASA Bull.	Association Suisse de l'Arbitrage Bulletin
Asian-DR	Asian Dispute Review
ausf.	ausführlich
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Betriebs-Berater
BBl.	Bundesblatt
Bd.	Band
Begr.	Begründung
BGBl.	Bundesgesetzblatt
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BMJ(V)	Bundesministerium der Justiz (und für Verbraucherschutz)
BNotO	Bundesnotarordnung
BRAK	Bundesrechtsanwaltskammer
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
Code civ.	Code civil (Frankreich)
Code civ.-Lux.	Code civil (Luxemburg)
C. jud.	Code judiciaire (Belgien)
C. pr. civ.	Code de procédure civile bzw. Codice di procedura civile
C. pr. civ.-Lux	Code de procédure civile Luxembourg
C. pr. exéc.	Code des procédures civiles d'exécution
Cass.	Cour de Cassation
Ch.	Chapter
Clunet	Journal du droit international – Clunet
Currents: Int'l Trade L. J.	Currents: International Trade Law Journal

dag.	dagegen
DAV	Deutscher Anwaltverein
DIS	Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e. V.
Disp. Resol. J.	Dispute Resolution Journal
DJT	Deutscher Juristentag
DStR	Deutsches Steuerrecht
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht
ebd.	ebenda
Ed./ed./éd.	Edition/edition/édition
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EL	Ergänzungslieferung
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
erg.	ergänzend
et al.	et alii (und andere)
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
F. Supp.	Federal Supplement
F.2d	Federal Reporter, 2nd Series
F.3d	Federal Reporter, 3rd Series
Fn.	Fußnote
Fordham Int'l L.J.	Fordham International Law Journal
FS	Festschrift
GmbHR	GmbHRundschau
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
Grdz.	Grundzüge
GRUR Int	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
h.M.	herrschende Meinung
Hdb.	Handbuch
Hervorh.	Hervorhebung
Hrsg.	Herausgeber
i. d. F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
i.d.S.	in dem Sinne
i. e. S.	im engeren Sinne
i.R.d.	im Rahmen des/der
i.R.e.	im Rahmen eines/einer
i. S. d.	im Sinne des
i. S.v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
i. w. S.	im weiteren Sinne
ICC	International Chamber of Commerce
ICCA	International Council for Commercial Arbitration
Int. A.L.R.	International Arbitration Law Review
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRG	Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht
IWRZ	Zeitschrift für Internationales Wirtschaftsrecht
J. Int. Arb.	Journal of International Arbitration
jew.	jeweils

JPS	Jahrbuch für die Praxis des Schiedsverfahrens
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht
Kilaw J.	Kilaw (Kuwait International Law School) Journal
krit./Krit.	kritisch/Kritik
KTS	Konkurs, Treuhand, Sanierung
LA	Liber Amicorum
LCIA	London Court of International Arbitration
lit.	litera (Buchstabe)
LMK	Leitsätze mit Kommentierung
Ls.	Leitsatz
Lux.	Luxemburg
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
ModG	Modellgesetz, UNCITRAL Model Law on International Commercial Arbitration, entweder von 1985 oder mit den Änderungen von 2006
n. F.	neue Fassung
nachf.	nachfolgend
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungsreport Zivilrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
OLG	Oberlandesgericht
öZöffRVölkR	Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht und Völkerrecht
öZPO	österreichische Zivilprozessordnung
PILA	Private International Law Act
Pitt. L. Rev.	Pittsburgh Law Review
Qd.R.	Queensland Reports
RdA	Recht der Arbeit
RDIC	La Revue International de Droit Comparé
re./li. Sp.	rechte/linke Spalte
RefE	Referentenentwurf
RegE	Regierungsentwurf
Rev. Arb.	Revue de l'Arbitrage
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
S.D.N.Y	United States District Court, Southern District of New York
SCAI	The Swiss Chambers' Arbitration Institute
SCC	Stockholm Chamber of Commerce
Schiedsspr.	Schiedsspruch
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren
SchO	Schiedsordnung(en)

schwZPO	Schweizerische Zivilprozessordnung
Sec.	Section(s)
SpuRt	Zeitschrift für Sport und Recht
st.	ständig(e)
TranspR	Transportrecht
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law
unzutr.	unzutreffend
VersR	Versicherungsrecht
VIAC	Vienna International Arbitration Centre
Vienna Convention	Vienna Convention on the Law of Treaties (1969)
VJ	Vindobona Journal
Wetboek Rv	Wetboek van Burgerlijke Rechtsvordering
YCA	Yearbook Commercial Arbitration
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
zur.	zurecht
zutr.	zutreffend
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß
ZZPInt	Zeitschrift für Zivilprozeß International

Grundlagen

§ 1 Die Achillesferse der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit

A. Ein Rechtsgebiet im Wandel

Gemessen an der langen Historie der Schiedsgerichtsbarkeit[1] ist die Gewährung einstweiligen Rechtsschutzes durch Schiedsgerichte eine jüngere Erscheinung.[2] Nach deutschem Recht galt einstweiliger Rechtsschutz lange Zeit als eine Domäne allein staatlicher Gerichte; Schiedsgerichte hatten keine Kompetenz, ihn zu gewähren.[3] Auf die Veröffentlichung des Modellgesetzes (ModG) der United Nations Commission on International Trade Law (UNCITRAL) von 1985, das in Art. 17 einstweiligen Rechtsschutz durch Schiedsgerichte vorsah, hat der deutsche Gesetzgeber jedoch 1998 mit der Einführung des § 1041 ZPO reagiert.[4] Seither können nach deutschem Schiedsverfahrensrecht operierende Schiedsgerichte einstweiligen Rechtsschutz gewähren.

I. Reformbewegungen

Die Rechtsgeschichte wiederholt sich: UNCITRAL hat 2006 eine Neuauflage des ModG veröffentlicht, die mit insgesamt zehn Vorschriften zum einstweiligen

---

[1] Zu Grundzügen einer Schiedsgerichtsbarkeit im Mesopotamien des Alten Orients *Lafont* Rev. Arb. 2000, 557; zum antiken Griechenland *Roebuck,* Ancient Greek Arbitration, 2001; zum alten Rom *Lukits* SchiedsVZ 2013, 269; *Ziegler,* Das private Schiedsgericht im antiken römischen Recht, 1971; zum spätmittelalterlichen Deutschland *Baumbach/Garnier* SchiedsVZ 2019, 181; allg. zuletzt *Buchwitz,* Schiedsverfahren in Antike und Mittelalter, 2020.

[2] S. zur Datierung erster Ansätze einstweiligen Rechtsschutzes durch Schiedsgerichte auf das ausgehende neunzehnte Jahrhundert *Fouret/Seraglini,* in: Cambridge Compendium, 2023, 1211 (1212 f.) [40.1.1].

[3] RGZ 31, 370 (374 f.); BGH ZZP 71 (1958), 427 (436) [3]; OLG Frankfurt NJW 1959, 1088 (1088 f.) [1]; Baumbach/Lauterbach/*Albers*, 54. Aufl., § 1034 Rn. 8; Wieczorek/Schütze/*Thümmel*, 3. Aufl., § 919 Rn. 16 f.; MüKo-ZPO/*Heinze,* 1. Aufl., § 919 Rn. 5; Schwab/Walter, 5. Aufl., Rn. 16.47. Differenzierend zwischen Arrest und einstweiliger Verfügung (nur letztere stehe dem Schiedsgericht zu) Stein/Jonas/*Grunsky,* 21. Aufl., Vor § 916 Rn. 30 bzw. Vor § 935 Rn. 63a. Mit Kritik an der h.M. Stein/Jonas/*Schlosser,* 21. Aufl., § 1034 Rn. 38; *Berger*, 1992, S. 231–233; *Lindacher* ZGR 1979, 201 (206–216) [III]; *Brinkmann,* 1977. Vgl. den Streitstand überblicksweise dargestellt bei *Laschet* ZZP 99 (1985), 271 (272) [I 1] und *Kühn* JPS 1 (1987), 47 (47–50) [1].

[4] BT-Drs. 13/5274, S. 44 re. Sp. mit Bemerkungen zur Vorschrift § 1041 ZPO: „In ihrem Kern (Absatz 1) entspricht sie Artikel 17 ModG."

Rechtsschutz durch Schiedsgerichte einen beachtlichen Schwerpunkt setzt. Es geht dabei offenbar um die Absicherung einer Schwachstelle in einem ansonsten geschlossenen Rechtsschutzsystem. Nun steht es ein zweites Mal an, dass der deutsche Gesetzgeber unter dem Eindruck internationaler Einheitsbestrebungen das Schiedsverfahrensrecht fortentwickelt.[5]

Die Mühlen der Gesetzgebung sind zwar mit einer Stellungnahme des Deutschen Anwaltvereins zu erforderlichen Änderungen der §§ 1025 ff. ZPO im Jahre 2015 vor mehr als einem Jahrzehnt schon in Gang gesetzt worden,[6] aber sie mahlen langsam und kamen zeitweise ins Stocken. Zwar griff das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) den Impuls gleich Ende August 2016 in einem Papier zu Diskussionspunkten für die Beratung durch den Arbeitskreis „Überarbeitung des deutschen Schiedsverfahrensrechts" auf,[7] eingedenk weiterer Anregungen aus Wissenschaft[8] und Praxis.[9] Doch alle Ansätze versandeten, das Momentum war verpufft.

Neuen Wind brachte die übernächste (20.) Legislaturperiode, in der das Ministerium – jetzt wieder als Bundesministerium der Justiz firmierend – am 18. April 2023 zwölf „Eckpunkte" und „weitere mögliche Reformgegenstände" vorlegte, mit denen es das deutsche Schiedsverfahrensrecht zu reformieren gedachte.[10] Daraus wurde ein knapp sechzigseitiger und klugerweise in die englische Sprache übersetzter Referentenentwurf und daraus wiederum ein Regierungsentwurf vom 26. Juni 2024, der nach der Zuleitung an den Bundesrat bereits als Bundestags-Drucksache 20/13257 sogar die Beratung im Rechtsausschuss des Bundestags hinter sich brachte. Das Ende war nahe. Doch dann kam die Auflösung des Bundestags und mit ihm ging auch das Reformprojekt unter. Auch das zweite Momentum war also verpufft.

Aller guten Dinge sind drei, dachte sich offenbar das nun wieder – wie einst – „BMJV" abgekürzte Ministerium, als es am 27. Januar 2026 erneut einen Referentenentwurf vorlegte, aus dem ein am 10.06.2026 veröffentlichter nahezu wortgleicher Regierungsentwurf mit BT-Drs. 21/8414 hervorging. Die jüngsten Entwürfe sind im Internet abrufbar,[11] alle vorherigen wurden hingegen vom Netz genommen.

---

[5] Allg. zum Anreiz des ModG 2006 zu Reformbewegungen Mistelis/*Brekoulakis/Ribeiro/Shore* Art. 17 J [1], S. 876; im internationalen Überblick *Münch* ZZPInt 23 (2018), 259 (263 f.) [II 3] und näher noch S. 24 ff.

[6] *DAV,* Stellungnahme 10/2015. Ferner *Münch* JZ 2023, 958 (958 li.Sp.) [II 1].

[7] S. dazu *Wolff* SchiedsVZ 2016, 293 (293) [Einl.]; *Wolff* ZIP 2023, 1623 (1624) [II 1].

[8] *Wagner*, 2017, S. 147–176; *Raeschke-Kessler*, FS Elsing, 2015, 433; *Wolff* SchiedsVZ 2016, 293; *Münch* ZZPInt 23 (2018), 259; umfangreicher zuletzt *Horn*, 2019 mit Regelungsvorschlägen auf S. 222–224; *Meyer,* 2020.

[9] *BRAK,* Stellungnahme 15/2017.

[10] S. dazu *BRAK,* Stellungnahme 21/2023; *DAV,* Stellungnahme 37/2023; *DIS,* Stellungnahme 2023.

[11] Die Entwürfe sind abrufbar unter https://www.bmjv.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/DE/2026_Modernisierung_Schiedsverfahrensrecht.html. Bemerkenswerte Stellungnah-

Binnen knapp mehr als zehn Monaten der neuen 21. Legislaturperiode sind damit die alten Pläne wieder aus der Schublade geholt worden, und zwar wortwörtlich: der jüngste Entwurf enthält zu seinen Vorgängern der 20. Periode kaum Änderungen; ausgenommen allerdings die Formpflichtigkeit der Schiedsvereinbarung (§ 1031 ZPO), von der man den unternehmerischen Verkehr damals zu befreien gedachte, jene neuerdings aber doch beibehalten will.

II. Reformumfang

Welchen Stil aber soll eine Reform nun erhalten? Die Anwaltschaft bedenkt „nachzujustieren“[12], die Literatur ebenso „Feinjustierungen […], nicht etwa grundstürzende Totalrevision“[13] oder die „Neuerfindung des Rads“,[14] also allemal „eher kleinere Anpassungen“[15] im Wege einer „kleinen Reform“.[16] Diese Behutsamkeit korrespondiert mit einem internationalen Trend legislativer Zurückhaltung[17] – „evolution not revolution“[18] –, der sich auch in der Regelungsdichte der Vorschriften zum einstweiligen Rechtsschutz in jüngeren Schiedsordnungen spiegelt.[19]

Ein Ansatzpunkt für Reformen sind besonders diejenigen Schwachstellen der Schiedsgerichtsbarkeit, die früher die Rechtsprechung und Literatur zur Ablehnung eines schiedsgerichtlichen einstweiligen Rechtsschutzes motiviert haben und heute noch Probleme bereiten.[20] Gewiss liegt das größere Augenmerk somit auf der Rolle der Schiedsgerichte. Bezieht man aber in die Erwägungen mit ein, dass vermittels § 1033 ZPO der einstweilige Rechtsschutz auch durch staatliche Gerichte vor und nach dem Schiedsverfahren gewährt werden kann,[21] ergeben sich weitere Ansatz-

---

men noch zum Referentenentwurf sind etwa *DIS*, Stellungnahme 2026; *BUJ*, Stellungnahme 2026; *BRAK*, Stellungnahme 12/2026, *DAV*, Stellungnahme 17/2026.

[12] *BRAK,* Stellungnahme 15/2017, S. 1.

[13] *Münch* ZZPInt 23 (2018) 259 (262) [II 1]; auch JZ 2023, 958 (967 re. Sp.) [VI]: „mehr Randkorrekturen und Bestandspflege denn Innovation und Experiment.“

[14] *Meyer*, 2020, S. 390.

[15] *Kondring* in Rabe/Bäder SchiedsVZ 2017, 312 (314) [II 1].

[16] *Wolff* ZIP 2023, 1623 (1625) [II 2].

[17] Für die Schweiz etwa *Schneider* ASA Bull. 30 (2012), 729 (730 f.) („Toilettage“); ebenso *Schneider/Geisinger/Meyer/Wirth/Patocchi* zitiert wie bei *Dasser,* in: New Developments 2020, 1 (8) [B]; *Wirth,* in: New Developments 2011, 51 (54) [II] („short and concise“).

[18] Lord Ponsonby, HL Deb 30 July 2024, vol 839, col 950 zur Überarbeitung des englischen Arbitration Act.

[19] Die Schiedsordnungen halten bloß wenige Regelungen parat, DIS-SchO: Art. 25; Swiss Rules: Art. 26, Art. 43; ICC-SchO: Art. 29, 31, allerdings mit umfangreichem Anh. IV: Art. 9 B, Art. 25 (beide indessen recht wortreich!).

[20] Zu diesen Schwächen sogl. S. 7 ff.

[21] Hinsichtlich des Zeitraums nach dem Schiedsverfahren gilt dies jedenfalls, solange damit nicht der Schiedsspruch in Frage gestellt wird, s. OLG Frankfurt a. M. SpuRt 2013, 206 (206 f.); OLG Frankfurt a. M., Urt. v. 20.12.2004, 23 SchH 1/04, BeckRS 2005, 1733 = OLGR 2005, 548; MüKo-ZPO/*Münch* § 1033 Rn. 14; Stein/Jonas/*Schlosser* § 1041 Rn. 8; Musielak/Voit/*Voit*

punkte. In diesem Sinne ist hier umfassend vom einstweiligen Rechtsschutz im Schiedsverfahrens*recht* und nicht bloß im Schiedsverfahren die Rede.

Zunächst soll deshalb knapp dargestellt werden, welche Möglichkeiten das gegenwärtige deutsche Schiedsverfahrensrecht zur Gewährung einstweiligen Rechtsschutzes anbietet und welche Unzulänglichkeiten ein gutes Vierteljahrhundert seiner Erprobung zutage gefördert haben. Hierbei wird sich erhellen, warum der einstweilige Rechtsschutz die „Achillesferse der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit" genannt wird.[22]

B. Bestandsaufnahme

I. Konzeption einstweiligen Rechtsschutzes im Schiedsverfahrensrecht

Das System einstweiligen Rechtsschutzes im Zehnten Buch der ZPO eröffnet den Schiedsparteien zwei Wege, um ihr Recht zu sichern und die Sinnhaftigkeit der Durchführung eines hauptsächlichen Schiedsverfahrens zu wahren.[23] Die schutzsuchende Partei hat die Wahl:

Mit § 1033 ZPO eröffnet der Gesetzgeber zunächst die Möglichkeit, einstweiligen Rechtsschutz von den staatlichen Gerichten zu erlangen. Durch § 1033 ZPO wird die Schiedsvereinbarung insoweit ausgeblendet, als der Antragsgegner sie nicht nach § 1032 Abs. 1 ZPO einreden und das Verfahren vor staatlichen Gerichten stoppen kann.[24] Die Anordnung eines Arrestes oder einer einstweiligen Verfügung richtet sich dann nach dem Fünften Abschnitt des Achten Buchs der ZPO (§§ 916–945b), es handelt sich also um ein ganz gewöhnliches staatsgerichtliches Verfahren. Das alles gilt auch für Schiedsverfahren mit ausländischem oder noch nicht bestimmtem Schiedsort (§ 1025 Abs. 2 ZPO) und setzt die Vorschläge des ModG 1985 detailgetreu um.[25]

---

§ 1033 Rn. 3; Kreindler/Wolff/Rieder/*Wolff* Rn. 5.5; *Leitzen*, 2002, S. 31, 33, 34. A.A. LG Braunschweig SchiedsVZ 2015, 292 (294); Salger/Trittmann/*Schäfer* Rn. 5.9 f. Anders die Rechtslage in Österreich, wo nur „vor oder während des Schiedsverfahrens" der staatliche Richter angerufen werden kann, s. § 585 öZPO.

[22] S. *Wagoner* 54 Disp. Resol. J. (1999), 15 (19) [B] („the Achilles' heel of international arbitration").

[23] Zum damit angesprochenen Zweck des einstweiligen Rechtsschutzes, die Hauptsache zu schützen, *Walker,* 1993, Rn. 62–65.

[24] BT-Drs. 13/5274, S. 38 re. Sp.; Wieczorek/Schütze/*Schütze* § 1041 Rn. 6; Anders/Gehle/*Anders* § 1033 Rn. 4; MüKo-ZPO/*Münch* § 1033 Rn. 1 mit 12; Zöller/*Althammer* § 1032 Rn. 13; Schwab/Walter Rn. 7.12 mit 17a.23; *Leitzen,* 2002, S. 232; *Krimpenfort*, 2001, S. 27. Zu dieser Funktionsweise schon unter altem Recht Glossner/Bredow/Bühler Rn. 122. Zum wortgleichen Art. 9 ModG s. UN-Doc. A/CN.9/264 Art. 9 Rn. 1, 3.

[25] Nämlich (Art. 1 Abs. 2 i. V. m.) Art. 9 ModG 1985, s. BT-Drs. 13/5274, S. 31 re. Sp.

Ebenso ermächtigt § 1041 Abs. 1 ZPO, wiederum in Umsetzung der ModG-Vorgabe,[26] auch Schiedsgerichte zum Erlass einstweiliger Maßnahmen. Diese bedürfen wie Schiedssprüche noch der Transformation in einen vollstreckbaren Titel durch die Anerkennung seitens staatlicher Gerichte. Geregelt ist diese Transformation in § 1041 Abs. 2 ZPO und genannt wird sie Vollziehungszulassung,[27] nachdem der in § 928 ZPO niedergelegte Begriff der Vollziehung (statt Vollstreckung) ins Schiedsverfahrensrecht übernommen wurde.[28] Der Begriff der Vollziehung soll verdeutlichen, dass aus einstweiligen Maßnahmen regelmäßig keine endgültige Befriedigung herbeigeführt wird,[29] was natürlich auch im Schiedsverfahrensrecht gilt. Für die Vollziehungszulassung zuständig ist das OLG (§ 1062 Abs. 1 Nr. 3 ZPO).[30]

Jenes kann zudem die Vollziehungszulassung aufheben oder ändern (§ 1041 Abs. 3 ZPO). Stellt sich die vom Schiedsgericht angeordnete Maßnahme nach ihrer Vollziehung als ungerechtfertigt heraus, kann die unterlegene Partei die daraus entstandenen Schäden ersetzt verlangen, wie sich aus dem § 945 ZPO nachempfundenen § 1041 Abs. 4 ZPO ergibt. Die Regelungen zur Vollziehungszulassung und zum Schadensersatzanspruch sind ohne Orientierung am ModG entstanden, weil jenes zur Zeit der Entstehung des geltenden deutschen Schiedsrechts dazu noch gar keine Vorschriften vorsah.[31] Mittlerweile aber finden sich entsprechende Regelungen in Art. 17 H Abs. 1 bzw. Art. 17 G ModG 2006.

II. Schwächen des einstweiligen Rechtsschutzes durch Schiedsgerichte

1. Konzeptionelle Defizite

Das erste konzeptionelle Defizit des einstweiligen Rechtsschutzes durch Schiedsgerichte hat *Lindacher* ein „potentielles Promptheitsdefizit" genannt:[32] das Schiedsgericht, sofern es kein ständiges ist, muss erst konkret anlassbezogen gebildet werden,[33] damit es einstweiligen Rechtsschutz gewähren kann. Das beansprucht häufig

---

[26] Nämlich Art. 17 ModG 1985, s. BT-Drs. 13/5274, S. 44 re. Sp.

[27] MüKo-ZPO/Münch § 1041 Rn. 29 mit offensichtlicher Orientierung an §§ 1060, 1061 Abs. 2 u. 3 ZPO; anders Schütze BB 1998, 1650 (1652 li. Sp.) [IV 1]: „Homologierung".

[28] Bandel, 2000, S. 197; Thümmel DZWIR 1997, 133 (136) [II 3].

[29] MüKo-ZPO/*Drescher* § 928 Rn. 1; Stein/Jonas/*Bruns* § 928 Rn. 1; Schuschke/Walker/Kessen/Thole/*Kessen* Vor § 916 Rn. 70.

[30] Bzw. in Berlin das Kammergericht und in Bayern das Oberste Landesgericht, s. bzgl. letzterem die bayerische Verordnung über gerichtliche Zuständigkeiten im Bereich des Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz v. 11.06.2012, GVBl 2012 Nr. 11, S. 295 (300), § 7. Beide sind mit dem Oberbegriff des OLG nachfolgend mitumfasst.

[31] BT-Drs. 13/5274, S. 45 re. Sp.

[32] ZGR 1979, 201 (210) [III 2].

[33] Vgl. MüKo-ZPO/*Münch* § 1035 Rn. 5; *De Leval* RDIC 1993, 1 (14) [4 c]. So legen Schiedsordnungen häufig fest, dass erst die Schiedsklage als Akt der Verfahrenseinleitung die Schiedsrichterbenennung zu enthalten hat, s. Art. 5 Abs. 2 (vii) DIS-SchO; Art. 3 Abs. 3 lit. g, h Swiss Rules; Art. 5 Abs. 3 lit. g ICC-SchO; Art. 1 Abs. 1 (v) LCIA-SchO.

mehrere Wochen,[34] was in das Konzept schiedsgerichtlich einstweiligen Rechtsschutzes eine Lücke reißt.[35] Weil die Schiedsgerichtsbildung zudem stets das Zusammenwirken der Parteien erfordert,[36] wird dem (zukünftigen) Antragsgegner die streitige Auseinandersetzung wie mit einem Nebelhorn angekündigt. Verloren geht also der Überraschungseffekt des einstweiligen Rechtsschutzes, der Vereitelungshandlungen des Antragsgegners verhindern soll.[37] Staatliche Gerichte hingegen bedürfen keiner Bildung mehr, sie stehen ständig bereit und halten bisweilen sogar Notdienste vor.[38]

Dieser Schwäche schiedsgerichtlichen einstweiligen Rechtsschutzes verschafft die Praxis jedoch durch einen sog. Eilschiedsrichter (*Emergency Arbitrator*) Remedur. Dieser Einzelschiedsrichter tritt im Zeitraum zwischen dem Entfachen des Streitherdes bis zur Bildung des Schiedsgerichts auf den Plan, sodass die in diesem Zeitraum bestehende Rechtsschutzlücke nicht nur durch staatliche Gerichte, sondern auch durch ein Schiedsgericht geschlossen werden kann. Der Eilschiedsrichter kann zudem auch einen Überraschungseffekt gewährleisten, weil er nicht durch die Parteien gewählt, sondern von einer Schiedsinstitution bestellt wird.[39]

Das zweite konzeptionelle Defizit betrifft den Umstand, dass dem Schiedsgericht Staatsgewalt fehlt. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus und wird vom Volke durch die Rechtsprechung ausgeübt (Art. 20 Abs. 2 GG). Die rechtsprechende Gewalt ist „den Richtern" anvertraut (Art. 92 Hs. 1 GG), aber eben nicht den *Schieds*richtern. Sie betätigen zwar materielle Rechtsprechung,[40] sind aber nicht zur Staatsgewalt-

---

[34] Vgl. das Prozedere nach § 1035 ZPO. Aus der Lit. Kreindler/Wolff/Rieder/*Wolff* Rn. 5.5 („several months"); Rechberger/Klicka/*Rechberger/Hofstätter* § 593 öZPO Rn. 2 („mehrere Monate"); *Brown* Kilaw J. 8:3 (2020), 39 (43) [II] („weeks or months"); *Sherwin/Rennie* ARIA 20:3 (2009), 317 (327 f.) [II E] und *Ferguson* Currents: Int'l Trade L.J. 12 (2003), 55 (58) [II B] („can take months"); *Landau* ARIA 9:1-4 (1998), 45 (47) [I] („more than 16 weeks"); *Yeşilırmak,* 2005, Rn. 4.1 („weeks or even months").

[35] Zu diesem Defizit Anders/Gehle/*Anders* § 1033 Rn. 6 mit § 1041 Rn. 1; MüKo-ZPO/*Münch* § 1041 Rn. 3; Wieczorek/Schütze/*Schütze* § 1033 Rn. 8; Saenger/*Saenger* § 1041 Rn. 1; Stein/Jonas/*Schlosser* § 1041 Rn. 3; Berger/*Otte* Kap. 17 Rn. 17; Torggler/*Riegler/Pickrahn/Zenhäusern* Rn. 1368; *Born* § 17.02 [A 5 d]; Ostrove/Salomon/Shifman/*Happ* Rn. 7.45; *Landbrecht* SchiedsVZ 2013, 241 (242) [I]; *Yeşilırmak,* 2005, Rn. 4.1.

[36] S. im Ganzen § 1035 ZPO, der stets von „den Parteien" spricht, insb. in Abs. 3 mit S. 1 u. 2; letzthin abgesichert durch § 1059 Abs. 2 Nr. 1 d) ZPO.

[37] Stein/Jonas/*Schlosser* § 1041 Rn. 3; MüKo-ZPO/*Münch* § 1041 Rn. 25.

[38] Vgl. MüKo-ZPO/*Münch* § 1041 Rn. 3; Salger/Trittmann/*Schaefer* Rn. 5.122.

[39] Zum Eilschiedsrichter näher S. 192 ff.

[40] Schon RGZ 31, 370 (374), demzufolge das Schiedsgericht „im weiteren Sinne zu einem Gerichte im Sinne der Civilprozeßordnung, zu einem Bestandteile des Prozeßorganismus geworden" sei; ferner BGHZ 15, 12 (15) (von Parteiseite aus gesehen); 51, 255 (258) [II 5]; 54, 392 (395) [III 3 a]; 61, 59 (61) [I 1 a]; 98, 32 (36) [II 3 a]; 98, 70 (72) [II 1]; MüKo-ZPO/*Münch* Vor § 1025 Rn. 4 mit ausführlichen Nachweisen; *Habscheid* NJW 1962, 5 (7) [II]; *Distler*, 2000, S. 43–52.

ausübung berechtigt, denn das Grundgesetz meint mit der rechtsprechenden Gewalt im Sinne seines Neunten Abschnitts nur staatliche Gerichte.[41]

Dieser Umstand zeitigt für schiedsgerichtliche Eilverfahren einige Nachteile. So wird die ggf. ohnehin mühsam erstrittene schiedsgerichtliche Anordnung erst durch oberlandesgerichtlichen Beschluss zur Vollziehung zugelassen (§§ 1041 Abs. 2, 1063 Abs. 1 S. 1 ZPO). Dieses sekundäre Verfahren kostet den Antragsteller nochmals Geld – wegen fortlaufender Anwaltskosten und Gerichtsgebühren[42] – und Zeit, die wegen der zuvor schon verzögernd wirkenden Schiedsgerichtsbildung ohnehin schon besonders knapp ist. Ferner kann das Schiedsgericht keine für den einstweiligen Rechtsschutz so wichtigen[43] nach § 156 StGB strafbewehrten eidesstattlichen Versicherungen abnehmen,[44] denn es ist mangels Hoheitsgewalt[45] niemals funktional Behörde. Schließlich kann das Schiedsgericht auch keinen persönlichen Haftarrest anordnen.[46]

Dem steht eine besonders zügige Durchsetzung von Arrest und einstweiliger Verfügung staatlicherseits entgegen. Sie sind ohne Klausel und ohne Zustellung sowie, wenn im Beschlussverfahren ergangen, vorläufig sogar ohne Leistung von Sicherheit vollziehbar (§§ 929 Abs. 1, Abs. 3 S. 1, 936; § 794 Abs. 1 Nr. 3 ZPO).

2. Zuständigkeitsstreits und Vollziehungshindernisse

Bei der Wahl des schiedsgerichtlichen einstweiligen Rechtsschutzes müssen sich die Schiedsparteien noch weiterer Nachteile gewahr sein, die nicht unmittelbar aus der Konzeption des § 1041 ZPO folgen. So kann die schiedsgerichtliche Kompetenz zum Erlass einstweiliger Maßnahmen fraglich sein, wenn bestritten wird, dass eine notwendige Schiedsvereinbarung über schiedsfähige Ansprüche vorliegt.[47] Staatlicherseits ist der Zugang zum Spruchkörper weit einfacher gegeben, es muss bloß eine Zivilsache vorliegen (§ 13 Hs. 1 Alt. 1 GVG *versus* §§ 1029–1031 ZPO). Selbst wenn die schutzsuchende Partei die falsche Gerichtsbarkeit auswählt, hilft ihr die amtswegige Verweisung auf den richtigen Rechtsweg (§ 17a Abs. 2 S. 1 GVG). Dort

---

[41] *Arg.* Art. 92 GG: „Bundesgerichte und Gerichte der Länder". In dieser Lesart auch BVerfGE 18, 241 (253) [C II]; 26, 186 (194 f.) [B I 2]; 48, 300 (315 f.) [C I 1 a]. S. auch HdbStR V/*Wilke* § 112 Rn. 18 („staatliche Bedienstete"), zum Verhältnis zwischen Richter und Gericht s. ebd. Rn. 19.

[42] Hierzu MüKo-ZPO/*Münch* § 1041 Rn. 49.

[43] *Arg.* § 920 Abs. 2 i. V. m. § 294 Abs. 1 ZPO.

[44] S. näher S. 133 ff. Ganz deutlich das schwedische Schiedsrecht in Art. 25 Abs. 3 S. 1: „The arbitrators may not administer oaths or truth affirmations."

[45] Diese ist notwendiges Kriterium des Behördenbegriffs, s. allg. BVerfGE 10, 20 (48) [II 2]; mit Bezug zum Strafrecht Lackner/Kühl/*Heger* § 11 StGB Rn. 20.

[46] Näher dazu S. 83 ff.

[47] Stein/Jonas/*Schlosser* § 1041 Rn. 4 – insbesondere Gefahren bei nachträglich festgestellter Unzuständigkeit mit Blick auf § 1041 Abs. 4 ZPO andeutend; ferner Nedden/Herzberg/Kopetzki/*Bassiri/Herzberg* Art. 28 ICC-SchO Rn. 16.

einmal angelangt kann sie noch immer eine Verweisung an das zuständige Zivilgericht beantragen (§ 281 Abs. 1 S. 1 ZPO).[48] Zwar versucht man von schiedsrechtlicher Seite her wiederum nachzubessern, indem eine „*Prima facie*-Zuständigkeit" des Schiedsgerichts genügen soll.[49] Die gleiche Rechtssicherheit wie hinsichtlich der Zuständigkeit staatlicher Gerichte lässt sich damit jedoch nicht erreichen.

Hält der Antragsteller dann eine vom Schiedsgericht erlassene einstweilige Maßnahme in den Händen, sieht er sich Problemen gegenüber, wie er diese grenzüberschreitend vollziehen soll. Das gilt weniger bei der Immigration einer Maßnahme vom Ausland nach Deutschland, denn deutsche OLG können analog § 1041 Abs. 2 u. 3 ZPO ausländische Maßnahmen im Inland zur Vollziehung zulassen.[50] Demgegenüber misslingt die Emigration der Maßnahme von Deutschland ins Ausland häufig, weil die New York Convention auf einstweilige Anordnungen nicht anwendbar ist.[51] Damit ist der Antragsteller darauf angewiesen, dass die jeweilige lex fori Vorschriften zur Vollziehung ausländischer einstweiliger Anordnungen vorsieht.

Der Antragsteller sieht sich mitunter also Kleinstaaterei gegenüber, wohingegen einer staatsgerichtlichen Anordnung zumindest im europäischen Rechtsraum die EuGVVO zu internationaler Anerkennung und Vollstreckung verhilft.[52] Denn ist zwar „die Schiedsgerichtsbarkeit" vom Bereichsausschluss nach Art. 1 Abs. 2 lit. d EuGVVO umgriffen, gilt das für staatsgerichtlichen einstweiligen Rechtsschutz – mag er auch vor dem Hintergrund eines Schiedsverfahrens erteilt worden sein – nicht.[53] Der wichtige Vorteil der Schiedsgerichtsbarkeit, eine über Ländergrenzen hinweg gleitende Vollstreckung zu ermöglichen,[54] fehlt. Stattdessen kann der staatliche Richter auftrumpfen.[55]

---

[48] Die Vorschrift ist auch anwendbar, wenn die Streitsache einen Arrest oder eine einstweilige Verfügung betrifft, s. OLG Koblenz NJW 1963, 1460 (1460 f.); MüKo-ZPO/*Prütting* § 281 Rn. 6.

[49] Näher dazu S. 129 ff.

[50] Näher dazu S. 326 ff.

[51] Näher dazu S. 311 ff.

[52] Art. 36 Abs. 1, 39 i. V. m. Art. 2 lit. a EuGVVO.

[53] EuGH Slg. 1998, I-7122 (I-7133) Rn. 33 f. – *Van Uden* = EuZW 1999, 413; BGH EuZW 2009, 308 (309) [II 2 c] Rn. 15 f.; Musielak/Voit/*Stadler/Krüger* Art. 1 EuGVVO Rn. 11; Musielak/Voit/*Voit* § 1033 Rn. 3.

[54] Die Leichtigkeit einer Vollstreckung ist den Parteien wohl der häufigste Grund, ein Schiedsverfahren anzustrengen, s. Queen Mary Survey 2018, S. 7. S. auch *Schütze* ZVglRWiss 99 (2000), 241 (250) [IV 5]; Salger/Trittmann/*Schäfer* Rn. 5.120.

[55] Vgl. *Mink,* 2021, S. 180 f.

Sachwortverzeichnis

Abschlagszahlungen 140–141
Abstraktion 17, 39, 66, 103, 181, 220, 409, 422
Ad hoc-Schiedsgerichtsbarkeit 197, 230–231
Adverse inferences 253–254
Akzessorietät
– der astreinte 257, 261–262, 266
– des einstweiligen Rechtsschutzes 57, 277, 296, 341
– von Verträgen 120
Alternieren 131
Amtswegiges Vorgehen
– des Gerichts 168, 280, 287–288, 293, 338, 360
– des Schiedsgerichts 128, 239, 242–244, 274
Analoge Anwendung des
– § 1025 ZPO 328
– § 1050 ZPO 78–79
– § 1057 ZPO 90
– § 1063 ZPO 288
– § 924 ZPO 337
– § 929 ZPO 308
– § 945 ZPO 351
– § 1037 ZPO 213, 224
– § 1041 ZPO 10, 329, 331–335, 435, 445
– § 22 BNotO 134–135
– § 926 ZPO 234
Analogieverbot 135
Anhängigkeit 67, 70, 88, 110–111, 355, 367–368, 374
Antidote 448
Anton-Piller-Order *siehe* Search Order
Antragspriorität 389, 391, 393, 432
Arbeitskreis „Überarbeitung des deutschen Schiedsverfahrensrechts“ 4, 332
Arsenal an Maßnahmen 51, 63, 83, 199
Ausforschung 99
Außerordentliche Rechtsbehelfe 243, 317–318, 322
Axiom 400–401, 404, 408, 419, 424

Bauhandwerkersicherheit 65
Behörde 9, 133–134, 225
Belegenheitsort 107, 110, 113–114, 437
Bereitschaftsdienst 197, 407
Beschluss 9, 58, 146, 157, 159, 233, 360
Bestimmtheit 19, 83–84, 86, 103, 120, 166
Beweisfunktion 147, 426
Beweishoheit des Schiedsgerichts 71, 74–75, 77–78, 87
Beweissicherungsverfahren 68, 78, 98, 352
BGB-Novelle 351, 401, 425
Binding 298, 312, 316, 320–323,
Bundesministerium der Justiz 4

Causal link 253
Chacun à son goût 250
Comme il faut 250
Commercial Court 12, 113, 307
Contempt of Court 96–98

Damoklesschwert 12, 129, 213
Defizit
– funktionelles 155
– konzeptionelles 7–8, 191, 249, 267, 434, 438
– Promptheits- 7
Devolutiveffekt 223, 242
Disclosure 177–178
Dispositionsgrundsatz 243, 274
Dispositionsmöglichkeiten 81, 127, 159, 161, 352, 365, 408, 412, 418
Doppelhypothese 130–132, 143, 174, 240
Doppelung 85, 174, 183, 226, 332, 379, 382, 384

Eckpunkte 4, 293, 301, 332
Eilschiedsrichter 8, 146, 154, 279, 381, 397–399, 434
Einheitlichkeit von Begriffen 18–19, 102, 172, 193
Einheitsmodell 23
Einseitige Schiedsbindung 368
Einzelfall 19, 93, 103, 142, 383, 408
Emancipation 448
Emanzipation 438
Entscheidungstypen *siehe* Typisierung
Erfolgsaussichten 130–132, 174, 177, 286, 371,
Ergänzende Vertragsauslegung 213–214
EuGH 31–34, 328, 387
Evolution 5, 438, 448
Ex aequo et bono 253
Exklusivität der Zuständigkeit des Schiedsgerichts 72, 91, 103–105

Feststellungsinteresse 69
Feststellungsklage bzw. -antrag 206–208, 273, 327, 374, 434
Finalität bzw. finality 224, 318, 321–325, 376
Flexibilität
– der Rechtsordnung 19–20, 79, 103, 132, 174, 208, 232
– des Schiedsgerichts 14, 66, 131
Formerfordernis 122–124, 147, 151
Freezing Order 66, 95–98
Freiheit
– Beschränkung 83–84, 86, 96
– Entziehung 83–86

Gehörsnachholung 156, 165–166, 179–181, 184, 189
Gehörsrüge *siehe* Rüge
Generalklausel 19, 79, 102–106
Generic terms 313–316
Genfer
– Abkommen 23
– Protokoll 23
Gericht
– der Hauptsache 68, 109–113, 117–118, 126
– des ersten Rechtszugs 110–113, 305
Gerichtsstandsvereinbarung
– konkludent abgeschlossene 116, 119–120, 122, 125
– mündliche 122–124, *siehe auch* Mündlichkeit
Gesetzesverweise 28, 63, 194, 261, 296–297,
Gesetzesvorbehalt 66, 83, 95, 166
Gesetzliche Rechtsfolge aufgrund privatautonomer Vereinbarung 81, 129
Gestaltungsfreiheit
– der Parteien 14, 30, 81, 106, 126–127, 178, 403, 418
– des Gesetzgebers 37, 39, 41, 43, 139, 415
– des Schiedsgerichts 51, 63
Gestaltungsmöglichkeiten *siehe* Dispositionsmöglichkeiten
Gewaltvorbehalt 47–48, 134, 136, 265, 303
Gleichstellung
– von Entscheidungen 90, 294, 376, 385
– von Staats- und Schiedsgericht 76, 134, 164, 167, 330, 382, 405
Grenzüberschreitende Durchsetzung 10, 95, 268, 332, 334, 387
Gründlichkeit 55, 132–133
Grundrechtecharta 31
Grundrechtsverzicht 408–409

Harmonisierung 23–25, 87, 179, 227, 295, 312, 320, 431, 447
Herrschaft des Rechts 410
Homologierung 7
Hypothetische Hauptsache 42, 113–114, 118, 130
Hypothetischer Parteiwille 213–214

Imperium 264
Informationspflicht 179–180, 242, 300
Inter partes 153, 170, 172–176, 182, 188, 354, 413
Iudex 364–365

Jurisdictio 264
Justierung 5
Justizgewährungsanspruch 145, 365, 368
– Bedeutung für den Gesetzgeber 44–47
– Disponibilität 405, 408–414

– nach der EMRK 40, 42–43
– nach Unionsrecht 31
– nach Verfassungsrecht 36–38
Justizgewährungspflicht 37
Justizministerium *siehe* Bundesministerium der Justiz

Kehrseite 47, 246
Kleinstaaterei 10
Kognition 78, 112, 247
Kollegialgericht 144–146
Kollegium *siehe* Kollegialgericht
Kompetenz-Kompetenz 208–209
Konkordanz
– praktische 157
– von Rechtsordnungen 21, 25, 27, 92, 343, 350, 360
Konsens
– der Schiedsparteien 11, 68, 228, 365, 395
– internationaler 24, 173, 182, 315
Kontinuität
– der Zuständigkeiten 117
– legislative 24, 27
– personale 114, 200, 228
Konzeptionelles Defizit *siehe* Defizit
Kostensicherheit 65, 89–94, 105
Kumulativ 59, 72, 131
Künstliche Intelligenz 192

Legislaturperiode 4, 5
Leistungsverfügung 54, 63–64, 86, 98, 305
Lex arbitri 318–322
Lex fori 10, 319, 324, 332
Lex imperfecta 274
Lex posterior 35, 70
Lex superior 35

Mareva Injunction *siehe* Freezing Order
Maßnahmentypen *siehe* Typisierung
Mittelweg 129, 132, 403, 407
Mündlichkeit
– der Gerichtsstandsvereinbarung 122–124
– der schiedsgerichtlichen Entscheidung 147–148
– des Verfahrens 12–13, 144, 157–159, 166, 179, 233, 288

Ne bis in idem 374–375
Nebelhorn 8
Nichtregelung 45
Normenhierarchie 411
Normenkontrolle 34

Öffentliche Gewalt 36–37
Öffentliche Ordnung 280–282
Öffentlichkeit des Verfahrens 11–13, 40, 249
Öffentlich-rechtliche Einheiten 119, 125, 391
Ökonomie 14, 30, 288, 301, 306, 385–386, 391
Opt-in 174, 192, 424
Opt-out 129, 174, 192, 198, 202, 268,
Ordentliche Rechtsbehelfe 317, 322

Parallelismus 77, 371, 373, 382–384, 395
Parteimaxime 127
Pastore/Italien 42, 413–414, 416
Peremptory Order 221, 227
Perpetuierung 55, 147
Petitio principii 325
Präklusion 207, 209, 214, 223
Praktische Konkordanz *siehe* Konkordanz
Pre-arbitral Referee 192, 217, 313,
Prima facie 289, 363
– Zuständigkeit 10, 13, 129
Prokrustebett 104
Promptheitsdefizit *siehe* Defizit
Prorogation 100, 115–118, 395, 404
Prozessuale Heilsarmee 329
Prozessuales Urrecht 160

Qualifizierte Dringlichkeit 74, 195, 226

Rechtliches Gehör
– Gewährung 153, 163–164, 172, 185–186, 197, 281, 433
– Inhalt 155–156, 161
Rechtsbeschwerde 19, 65–66, 113, 236, 344–347, 404, 424
Rechtshilfeersuchen 78, 274
Rechtsmittelverzicht 410
Rechtspositivismus 297–298, 419
Rechtsschutzlücke 8, 43, 111, 226, 412–413, 423

Rechtsvergleich 24–25, 75–76, 93, 163, 217, 238, 422
Referentenentwurf 4–5, 168, 300
Regelungslücke 78, 134, 214, 234, 329
Regierungsentwurf 4, 237, 245, 295, 297, 300, 332, 387
Reichsgesetzgeber 110
Residualschutz 289
Richtervorbehalt 83–86
Richtigkeit 129, 132, 155, 176, 289, 382
Rüge 36
– der Unzuständigkeit des Schiedsgerichts 207–210, 225
– Gehörs- 168, 189
– von Verfahrensfehlern 161–162
Rügelose Einlassung 125

Schiedsgerichtliche Entscheidung, mündliche 147–148, *siehe auch* Mündlichkeit
Schiedsgutachten 203–204
Schiedsinstitution
– Aufgaben 8, 194–195, 197, 204–206, 211–217, 225, 365
– Wahl 25
Schiedsklage 130, 196, 234–235, 247, 326, 355, 374
Schiedsspruch mit vereinbartem Wortlaut 88
Schiedsstandort 21–22, 29–30, 97, 106, 296, 298, 334, 346
Schnelligkeit 55, 129, 132–133, 156, 213
Schutzniveau 415
Schwachstelle 4–5, 14, 226, 267
Search Order 66, 98–99
Security 176, 302, 444
– for costs 93
Selbsthilfeverbot 47–48, 265, 410
Selbstschädigender Vortrag 178–179
Seraing-Rechtsprechung 33
Singularität 149
Solange-Rechtsprechung 31
Sperrwirkung 391–393, 432
Staatsgewalt 8, 44, 47
Ständiges Schiedsgericht 397
Streitgegenstandsbezug 58–59, 66, 99–100, 130, 144, 278, 434
Subsidiarität
– staatsgerichtlichen Rechtsschutzes 74–78, 199, 379–383, 396, 437
– staatsgerichtlicher Beweisaufnahme 72
Substance over form 147, 326
Superprovisorische Maßnahmen 163, 172, 175,
Suspendieren 189, 243, 246, 300, 319
Suspensiveffekt 189, 233
Synergie 14, 18, 368
Systematik 24, 83, 101, 127, 172, 183, 208, 245, 284
Systematisierung 18, 20–21, 60, 369, 435, 445

Taktik 73, 355, 371
Teleologische
– Erwägungen 113, 166, 168, 215, 291, 323
– Reduktion 74 76
Titulierungsinteresse 276
Typenzwang 95, 97, 106
Typisierung
– von Entscheidungen 156–157
– von Maßnahmen 14, 81, 95, 97, 441

Überraschungseffekt 8, 154, 160, 167
Umsetzungsakt 31–32
Unionsrecht 31–33, 124, 328
Unvollkommene
– Maßnahme 128
– Strafnorm 135
Urteil 58, 63, 151, 159, 234–236, 360
Urteilswirkungen 292, 374

Van Uden 10, 387, 420
Verbot der révision au fond 85, 112, 278, 291, 297, 308, 340, 352
Vereitelungsgefahr 8, 51, 67, 153, 167, 171–172, 180, 187, 281
Verfahrensmodalitäten 144, 287, 299
Verfahrensverzögerung 73, 129, 157, 185, 187, 206, 281, 350
Verfassungsbeschwerde 34, 37–38, 85, 417
Vergleich 68, 88, 121
Vertraulichkeit 11–13, 191, 260, 268, 346, 396

Verzichtserklärung 412–417, 426
Völkerrecht 30, 43, 313–314, 317, 325–326, 365, 368
Völkerrechtsfreundlichkeit 34
Vollstreckungsabwehrklage 286, 305
Vollstreckungsdruck 350, 356–358, 361–362, 436
Vollstreckungsgericht 286, 305
Vorbefassung des Schiedsgerichts 13, 306
Vorteile der Schiedsgerichtsbarkeit 11–13, 105, 396, 413, 422, 424

Wahlrecht, in Bezug auf den
– Rechtsweg 391, 342
– Spruchkörper 76, 109, 114, 364–365
Wahrheitspflicht 178
Wahrscheinlichkeitsprognose 130
Wettbewerb 21–22, 27, 205
Widerspruchsverfahren 159, 165, 233, 236, 240, 337
Zulässigkeitsvoraussetzungen 272, 287, 294